Berlin-Brief

Informationen von Josip Juratovic MdB, Ausgabe 255, 12. April 2019

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

wieder wurden in dieser Sitzungswoche des Bundestags grundsätzliche Fragen intensiv debattiert. So ging es gestern in einer Orientierungsdebatte um **vorgeburtliche Bluttests für Schwangere**. Das heißt, ethische und medizinische Argumente wurden vorgetragen und gegeneinander abgewogen, ohne dass am Ende der Debatte eine Abstimmung stand. Anlass war die Entscheidung des Gemeinsamen Bundesausschusses von Kassen, Ärzten und Patientenvertretern, die Zulassung des Tests als Kassenleistung auf den Weg zu bringen. Im Kern ging es in der Diskussion also zum einen um die Tests an sich, zum anderen um die Frage, ob sie in den Leistungskatalog der Krankenkassen aufgenommen werden sollen. Diese ethische Frage wurde ganz unterschiedlich bewertet. Zahlreiche Abgeordnete haben ihre Vorbehalte zum Ausdruck gebracht gegen die Tests, die Hinweise auf das Down-Syndrom bereits im Mutterleib erkennen können. Sie warnten vor der Diskriminierung von Menschen mit Behinderung und äußerten die Befürchtung, dass, wenn der Test Routine würde, der Druck auf die werdenden Eltern steigen würde, Embryos mit Down-Syndrom abzutreiben.

Ich finde diese Argumentation schwierig. Tatsache ist, dass vorgeburtliche Tests etwa auf Trisomien schon seit Jahrzehnten von den Kassen finanziert werden. Der nun als Kassenleistung einzuführende Bluttest ist weit risikoärmer als die Fruchtwasseruntersuchung bislang und wird auch schon von einigen privaten Krankenkassen finanziert. Mein Kollege Karl Lauterbach sagte in der Debatte daher zu recht, es sei nicht vertretbar, Frauen den risikoärmeren Test vorzubehalten. Ich sehe das genauso, zumal das nur ärmere Frauen treffen würde. Es handelt sich also um eine Frage der Gerechtigkeit. Denn ob diese Tests ethisch vertretbar sind, steht hier nicht zur Diskussion, sie werden längst durchgeführt. Es muss geklärt werden, unter welchen Bedingungen Kosten dafür übernommen werden, z.B. für Risikoschwangerschaften, und wie eine unterstützende Beratung aussehen kann. Die Antwort darauf muss dann für alle gelten. Bei Politik geht eben nicht immer ums Geld. Hier geht es darum, dass jede Frau selbst bestimmen dürfen soll, ob sie diesen Test möchte oder nicht und wenn ja, muss sie sicher sein können, dass ihre Kasse diesen Test finanziert.

Ein weiteres dickes Brett, das es zu bohren gilt, ist, ein Maßnahmenpaket

Termine

Maifeier SPD OV Neckargartach/ Frankenbach

Di, 30.04., 18:00 Uhr, Heilbronn, Weinstube Drauz, Rainlesstraße 14

1. Mai Demonstration und Kundgebung

Mi, 01.05., 10:30 Uhr, Heilbronn, Busbahnhof Karlstraße

Gespräch UMA Diakonische Jugendhilfe

Do, 02.05., 16:30 Uhr, Heilbronn, Regionalgeschäftsstelle SPD, Untere Neckarstr. 50

Sitzungswoche Bundestag

06.05.—10.05.

Bürgersprechstunde

Di, 30.04., 14:00 bis 17:00 Uhr

Bürgerbüro Josip Juratovic, Heilbronn, Untere Neckarstr. 50

Bitte vorherige Anmeldung an josip.juratovic.wk@bundestag.de

zu schnüren, mit dessen Hilfe wir die Klimaschutzziele einhalten können. Zu diesem Zweck und auf Vorschlag der SPD hin, wird sich ein **Klimakabinett** mit der Umsetzung der völkerrechtlich verbindlichen Klimaziele von Paris beschäftigen. Für uns haben die klimaschutzpolitischen Ziele allerhöchste Priorität. Unsere Bundesumweltministerin Schulze und unser Bundesfinanzminister Scholz setzen sich für ein Klimaschutzgesetz ein, das Reduktionsziele rechtlich verbindlich definiert. Nun müssen alle beteiligten Ministerien darlegen, wie sie diese Ziele für die jeweiligen Sektoren erreichen werden. So haben wir es im Koalitionsvertrag vereinbart.

Die SPD-Bundestagsfraktion unterstützt die Arbeit des Klimakabinetts ausdrücklich. Die Bundesregierung muss nun schnellst möglich einen Entwurf für ein Klimaschutzgesetz beschließen. Die Friday-For-Future-Demonstrationen sind dabei eine wöchentliche Mahnung und ein Ansporn zugleich.

Zu einem letzten großen Thema, das die Menschen in der Republik um– und auf die Straßen treibt: Die **Entwicklung der Mieten**. Ja, es macht den Eindruck, als ob die Politik horrende Entwicklungen auf dem Mietmarkt verschlafen hat und auch jetzt nicht ausreichend auf Zack ist, um genug Wohnraum zu schaffen bzw. Verdrängung und ausbeuterische Vermieter aufzuhalten. Tatsächlich machen wir nicht alles richtig, manchmal sind wir auch zu langsam. (Und was das Bauministerium des Herrn Seehofer bislang geleistet hat, ist auch nicht gerade aktenfüllend.) ABER: Es ist mitnichten so, als hätte die SPD die Brisanz des Themas und den Leidensdruck, den es mit sich bringt, nicht erkannt. Im Gegenteil, wir haben bereits diverse Schritte ergriffen, um die Lage zu entschärfen. So haben wir die Mietpreisbremse verschärft und die Modernisierungsumlage auf acht Prozent gesenkt. Aber die teils verheerende Dynamik, die die Niedrigzinspolitik in den Wohnungsmarkt gebracht hat, lässt sich nur durch noch schneller wirksame Instrumente ausbremsen. Wir brauchen einen temporären Mietenstopp, einen Pakt zwischen sozialverantwortlichen Wohnungsbauunternehmen und der öffentlichen Hand („New Housing Deal“) und eine aktive Bodenpolitik der öffentlichen Hand, gegen Spekulation und für nachhaltig bezahlbare Wohnungen. Dafür werden wir in Parlament und Regierung kämpfen. Denn Wohnen ist ein Grundrecht und das sicherzustellen, gehört zur Fürsorgepflicht des Staates.

Mit freundlichen Grüßen

Bild der Woche

Sie erreichen mich

Josip Juratovic MdB
Bürgerbüro
Untere Neckarstraße 50
74072 Heilbronn
Tel.: 07131 / 598 72 27
josip.juratovic@bundestag.de
www.juratovic.de
www.facebook.com/josipjuratovic

Berlin-Brief abonnieren?

Einfach eine Mail ans Bürgerbüro
josip.juratovic.wk@bundestag.de

Zu Ostern wünsche ich Ihnen eine geruhsame und entspannte Zeit im Kreise Ihrer Liebsten.